

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wortführer: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 43/44.

Berlin, Sonnabend, 27. Mai 1916.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis:

Durchhalten! — Wiederrum Reichstag und Wohnungsfrage. — Genossenschaften und Krieg. — Zum Verbandszuge. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbande. — Anzeigen.

Durchhalten!

Wenn wir uns heute mit der Mahnung zum Durchhalten an die Kollegen wenden, so gilt der Ruf nicht dem Gebiete der Ernährungsfragen, sondern der Organisation und Agitation. Wanderinge Anzeigen deuten nämlich darauf hin, daß hier und da eine gewisse Organisationsmüdigkeit eingetreten ist, die sich auch darin äußert, daß man der Vorbereitung nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zuwendet. Das gilt nicht für alle Orte und Landes- teile. Aber an manchen Stellen wird man zugeben, daß die Behauptung zutrifft. Die Organisations- müdigkeit äußert sich in der Hauptache in einem mangelhaften Besuch der Versammlungen, und was die Agitation anbetrifft, so darf gesagt werden, daß die Zahl der Neuaufnahmen in vielen Industrien größer sein könnte, als es tatsächlich der Fall ist. Denn daß mehr geschehen könnte, das beweist am besten die Tatsache, daß an manchen Orten allmonatlich eine ganze Anzahl von Neuanmeldungen erfolgt, während wieder an anderen kaum ein Zuwachs zu verzeichnen ist.

Gewiß ist die Zeit für die Agitation nicht sehr günstig. Der Sommer übt in der Regel einen ungünstigen Einfluß auf das Vereins- und Versammlungsleben aus. Dazu kommt, daß das allgemeine Interesse fast vollständig von den Vorängen auf den Kriegsschauplätzen in Anspruch genommen wird. Die Sorge um den Lebensunterhalt tut ihr übriges. Namentlich die Arbeiter müssen sparen und sich Einschränkungen auferlegen; da braucht man sich nicht zu wundern, wenn der eine oder der andere den Versammlungen fernbleibt. Freilich ist es eine eigentümliche Erscheinung, daß oft gerade diejenigen, die am schlechtesten gestellt sind, am besten auf dem Posten sind und keine Versammlung veräumen. Sie handeln in ihrem wohlverstandenen Interesse, denn sie haben gesehen, was gerade in diesen schweren Zeiten die Organisationen für ihre Mitglieder geleistet haben. Der Druck der Zeit lastet wohllich schwer auf uns. Zweifellos aber lägen die Verhältnisse noch viel schlimmer, hätten nicht die Organisationen sich rüchlos in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und durch ihre Mitwirkung manches zum Besseren verwendet. Das ist oft genug anerkannt worden, selbst von den Seiten, die für die Arbeiterberufsvereine bisher nichts übrig hatten. Wir verlaßen es uns, dies mit einzelnen aufzuführen. Die Liste könnte nur lächerlich sein. Die gewaltigen Verdienste, die sich die Arbeiterorganisationen nicht nur um die Arbeiter, sondern um die Gesamtheit des deutschen Volkes erworben haben, sind so bedeutend, daß sie erst der spätere Geschichtsschreiber richtig zu würdigen vermag.

Die Anerkennung für die Arbeiterberufsvereine kommt auch zum Ausdruck in einigen gelegentlichen Leistungen der letzten Zeit. Zweifellos wollte die Regierung durch das Entgegenkommen bei der Herabsetzung der Altersgrenze und beim Vereinsrecht zu erkennen geben, daß man die Arbeiterorganisationen jetzt anders beurteilt als früher, und daß man dies auch zum Ausdruck bringen möchte. Gewiß, es ist wenig, was hier geboten wird, und es muß noch unendlich viel mehr geschehen, wenn wirklich von einer „Reorientierung in der inneren Politik“ soll gesprochen werden können. Aber das Maß des Entgegen-

kommens wird umso größer sein, je stärker die Macht der Organisation ist, je zahlreicher die Schar ihrer Anhänger. Seine Organisation zu stärken, muß deshalb schon von diesem Gesichtspunkte aus das Bestreben jedes Einzelnen von uns sein.

Wie aber ist dies möglich? Leffentliche Versammlungen erfüllen nach dieser Richtung hin jetzt ihren Zweck noch weniger als in Friedenszeiten. Vieles ist uns ja auch die Möglichkeit genommen, in solchen Versammlungen an die Arbeiter heranzutreten. Da bleibt uns nichts anderes übrig, als durch die Agitation von Mund zu Mund Freunde für unsere Sache zu gewinnen. Mit dies aber die einzige Möglichkeit, so muß davon auch in der rechten Weise Gebrauch gemacht werden. Der Gedanke: Es hat keinen Zweck jetzt zu agitieren, darf überhaupt gar nicht aufkommen. Wenn es an einer Stelle möglich ist, neue Mitglieder zu gewinnen, so muß es auch an den andern möglich sein. Die Ausrede: Es hat keinen Zweck, ist auch nur ein Verlegenheitsprodukt; sie soll die Verantwortlichkeit entschuldigen. Wer es ernt mit der Sache meint, wer davon überzeugt ist, daß jeder einzelne Mitglieder gewinnen muß, der erreicht auch etwas. Man braucht ja nur auf die gewaltigen Leistungen der Arbeiterorganisationen und gerade unserer Gewerkevereine hinzuweisen und den Arbeitern klarzumachen, wie stark der Rückhalt war, den sie in der Kriegszeit ihren Mitgliedern geboten haben. Man braucht nur die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie energisch die Arbeiterorganisationen gemeinsam auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung die Interessen der Konsumenten wahrgenommen haben, wie sie in den Kriegsaussschüssen und Preisprüfungsstellen alles daran setzten, dem Bürger zu steuern und der Bevölkerung möglichst billige Lebensmittel zuzuführen. Man kann auf die zahlreichen Besprechungen in den Ministerien und mit andern Behörden hindeuten, in denen die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zum Ausdruck gebracht worden sind. Wer unsere Presse verfolgt, der weiß, was seitens der Arbeiterorganisationen geleistet worden ist, der wird aber auch mit Erfolg die Vorbereitung für die Organisation durchführen können.

Auch in den Ortsvereins- und Ortsverband- sungen müssen diese Fragen beachtet werden. Die Mitglieder haben daran ein lebhaftes Interesse. Sie werden dadurch immer von neuem wieder darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Organisation für sie hat und weshalb sie ihre Beiträge dazu zahlen. Sie werden dann auch umso lieber und eifriger für unsere Sache arbeiten, Freunde und Bekannte mit in die Siben bringen, die dann für unsere Bestrebungen gewonnen werden können. Daß der Zusammenhalt in unseren Reihen auf diese Weise nur gefördert werden kann, bedarf keiner besonderen Erwähnung, und daß der Zusammenhalt jetzt notwendiger ist als je, das wird niemand ernstlich bestreiten wollen. Die Ortsvereinsaussschüsse, die bisweilen nicht wissen, wie sie die Siben ausfüllen sollen, mögen sich diese Fingerzeige merken. Gewiß ist es nicht jedem gegeben, das, was er auf dem Herzen hat, in einer Form vorzubringen, die allen gefällt. Aber darauf kommt es gar nicht an. Die Sprache des Arbeiters wird im Ortsverein von allen Anwesenden verstanden, und wenn einmal kein Kollege vorhanden ist, der richtig mit der Sprache herauszukommen mag, nun, so möge man den „Gewerkeverein“ oder irgend ein Fachorgan zur Hand nehmen und einen Artikel, der sich mit den jetzigen Verhältnissen beschäftigt, zur Verlesung bringen. Zweifellos wird sich dann daran eine Ansprache knüpfen, die das Interesse der Kollegen

weckt und auch für die Dauer wählt. Das Leben in unseren Vereinen wird dadurch reiner und die Lust zur Organisation gehoben. Keinesfalls ist es angängig, daß wir jetzt mühsig die Hände in den Schoß legen und entsetzungslos erklären, es ist nichts zu machen. Bei festem Willen geht es schon, und wenn wir uns bemühen sind, daß wir gegenüber unseren Kollegen, die im Felde draußen für uns kämpfen, Verpflichtungen zu erfüllen haben, so wird und muß es gehen. Es wäre eine Schmach, wenn jene bei ihrer Rückkehr bei uns ein leeres Haus vorfinden. Das darf auf keinen Fall geschehen. So wie sie draußen selbst ihr Leben einlegen für die Sicherheit und den Bestand des Reiches, so müssen wir unsere besten Kräfte aufbieten, um das zu erhalten und zu verteidigen, was wir früher mit Hilfe unserer heldenhaften Brüder aufgebaut haben. Das ist unsere Organisation, die uns und ihnen erst nach dem Kriege so recht als starker Schutz zur Seite stehen soll. Deshalb gilt es durchzuhalten. Das heißt aber nicht nur, es bei dem jetzigen belassen, sondern dafür zu sorgen, daß unsere Stellung gestärkt und gefestigt wird. Zu erreichen ist dies nur, wenn jedermann sich voll seiner Pflicht bewußt ist und jede Gelegenheit benützt, um für die Sache zu arbeiten, der er sich auf Grund seiner inneren Überzeugung angeschlossen hat. Also Kollegen, laßt ab von der Gleichgültigkeit! Hinweg mit der Organisationsmüdigkeit! Friß auf zu rüstiger Arbeit für unsere Deutschen Gewerkevereine!

Wiederrum Reichstag und Wohnungsfrage.

Der im August 1915 im Reichstag von neuem eingeleitete Wohnungsausschuß hat jetzt durch den Abg. Dr. Jacger einen Leitbericht über seine Beratungen aller das Wohnungsweien betreffenden Anträge und Petitionen erstattet. Die verdienstvolle Arbeit des Berichterstatters erbringt vor allem den Beweis, daß der deutsche Reichstag gewillt ist, das Wohnungsweien nach Möglichkeit durch das Reich fördern zu lassen, daß dieses Vorhaben aber an dem Widerstande des Bundesrats, d. h. der Einzelregierungen meist scheitert.

Im Mai 1912 hatte der Reichstag durch einmütigen Beschluß die Zuständigkeit des Reiches für die Wohnungsfrage als solche in Anspruch genommen. Der Bundesrat erklärte jedoch im Herbst desselben Jahres, das Reich habe lediglich als Arbeitgeber sich um das Wohnweien der im Reichsdienste beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten nach Möglichkeit zu befähigen. Für die übrigen Fragen ist das Reich nur soweit zuständig, als besondere Gesetze ihm diese Tätigkeit ausdrücklich zuweisen (Mietrecht, Hypothekenrecht, Erbbaurecht), im übrigen lie die Regelung des gesamten Anfielunswesens Sache der Einzelstaaten. Auf diesem Standpunkte blieb der Bundesrat auch stehen trotz aller späterhin unternommenen Versuche des Reichstages, eine Änderung herbeizuführen.

Der Bericht des Wohnungsausschusses hebt hervor, daß ein großer Teil der Ausschußverhandlungen sich um diese Haltung des Bundesrats drehte. Der Regierung wurde gesagt, ihr Standpunkt sei vor dem Kriege noch zu bestrafen gewesen, „der Krieg aber habe die Bedeutung eines gesundheitlich und sittlich einwandfreien Wohnungswesens mit solcher Macht in den Vordergrund gerückt, daß die Sorge für ein solches Wohnweien eine der allerwichtigsten Reichsanliegenheiten geworden sei und zwar vom Standpunkte der Selbst- erhaltung des Reiches“. Hierfür wurde im Woh-

mungsausschuss ein reiches Material vorgebracht, auf das näher eingegangen wir uns vorbehalten müssen. Nebenbei wurde auch auf das preussische Wohnungsgesetz hingewiesen, dessen Schicksal nicht dazu ermüdete, diese wichtigen Fragen der deutschen Zukunft den Einzelstaaten zu überlassen. Dem Bundesrat wurde von den meisten Rednern nahegelegt, er möge keine hitzerische Stellung zur Wohnungsfrage einer Nachprüfung unterziehen, damit auch die Wohnungsfrage bei der zu erwartenden Neuorientierung der gesamten inneren Politik zu den Aufgaben des Reiches gehöre.

In dankenswerter Weise veruchte der Wohnungsausschuss trotz aller Schwierigkeiten, noch einige Fortschritte im Wohnungswesen zu erreichen. In der Beratung besprach man eingehend die auch von uns bei einer früheren Gelegenheit bereits erörterte Frage, ob nach dem Kriege eine Wohnungsnot drohe. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß dies sicher der Fall sein werde, wenn auch örtlich verschieden. Besonders aber in jenen Orten, deren Bevölkerung schon vor dem Kriege rasch gewachsen ist. Die Kriegsverluste hätten zwar manche Veränderung angezeitigt; die Vermehrung des deutschen Volkes gebe aber auch im Kriege weiter, die Geburtenziffer habe nur wenig abgenommen. Die Erstellung von Wohnungen habe fast ganz aufgehört. Sobald der Frieden wiederkehrt, werde das Bedürfnis nach Kleinwohnungen stärker als je auftreten. Besondere Anerkennung verdient es, daß man im Ausschuss des Reichstages nachdrücklich dafür eintrat, daß die aus dem Felde Zurückkehrenden nicht wieder in Miethäusern zurückgestoßen werden, sondern daß man für gesunde, raum-, licht- und luftreiche Wohnungen zu sorgen habe. Soffentlich finden diese Wünsche an maßgebenden Stellen auch die notwendige Berücksichtigung. Vorläufig ist jedoch kaum zu erwarten, daß die Verbündeten Regierungen eine andere Haltung einnehmen werden. Schon gegenüber einem Antrage, der Reichsunterstützung für jene Vereinigungen forderte, die sich der Förderung der allgemeinen Wohnungsfürsorge widmen, zeigte der Vertreter des Reichsamt des Innern kein besonderes Entgegenkommen, da er nur die Unterstützung des Deutschen Vereins für Wohnungswesen aufsahe.

Der Wohnungsausschuss zog in den Kreis seiner Beratungen auch Anträge zum Schutze der Hausbesitzer und Mieter, auf die des näheren hier eingegangen zu weit führen würde. Eine erfreuliche Erscheinung ist auch, daß im Ausschuss Anträge gestellt wurden, die eine Sicherung verlangten, daß das beim Friedensschlusse zu erwerbende Gelände nicht der Spekulation anheimfalle. Ueber das Ziel dieser Anträge war der Ausschuss einig; er stellte aber die Erleichterung aus taktischen Gründen zurück. Die Ansicht war jedoch vorherrschend, daß das Reich nach dem Kriege weitgehenderweise einschreiten müssen.

Als Gesamtergebnis der Beratungen im Wohnungsausschuss ergab sich ein Antrag, der eine regelmäßige Ausgabe zur Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Kleinwohnungswesens bezwecken, und ähnliche Maßnahmen fordern, ferner auspricht, daß eine Reichsunterstützung jenen Gemeinden und Kommunalverbänden gewährt wird, welche den Kriegsteilnehmern, bezw. den betreffenden Hausbesitzern, Mietbeiträge gewährt haben und weiter während des Krieges für die Abfindung der während des Krieges gestundeten Mieten bezw. Spvorkontinginen der heimkehrenden bedürftigen oder schwach bemittelten Krieger unter Mitwirkung der Gemeinden geleistet wird. Außerdem werden die Verbündeten Regierungen ersucht, dem Reichstagen einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Zwangsversteigerungsgesetzes und bei seinem nächsten Zusammentreten eine Novelle zum Gesetz betreffend Bürgschaften des Reichs zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete vorzulegen.

Aus den Beratungen des Wohnungsausschusses, aus den gegebenen Anregungen und praktischen Forderungen geht hervor, daß trotz aller Geminnisse eine Reform des Wohnungswesens im Reichstagen energische Bestürmter hat.

Die Verhandlungen im Plenum des Reichstages am 22. Mai, welche über den Bericht des Wohnungsausschusses und die vorliegenden Petitionen und Anträge stattfanden, zeigten dasselbe Bild. Nach der mündlichen Berichterstattung durch den Centrumsgesandten Dr. Jaeger waren es vor allem die Abg. Prinz Schönau, Carolath (Nationalliberal), Göhre (Sozialdemokrat) und Partsch (Fortschritt. Volkspartei), die nachdrücklich eine Wohnungs-

gesetzgebung durch das Reich verlangten. Für die Anträge des Wohnungsausschusses traten auch die Abg. Götting (Nationalliberal), Frommer (Konservativ), Rumm (Deutsche Fraktion) und Dr. Birch (Zentrum) ein, wogegen der bekannte freikonservative Abg. Dr. Arent eine gute Wohnungspolitik durch die Einzelstaaten für viel besser als ein Reichswohnungsgesetz hielt und im übrigen für den zur Zeit notleidenden Hausbesitz eintrat. Diese Rolle war übrigens auch von anderen Rednern anerkannt worden. Abg. Prinz Schönau, Carolath behauptete, daß gesetzgeberisch auf dem Gebiete des Wohnungswesens immer noch nichts geschehen sei und hob hervor, daß der Widerstand der Regierungen nicht zu verstehen sei. Abg. Göhre sprach sein Bedauern aus, daß die verbündeten Regierungen es nach wie vor ablehnen, eine Reichswohnungspolitik zu betreiben. Gegenüber diesem hartnäckigen Widerstand seien die Reichstagsverhandlungen gewissermaßen eine Frucht in die Öffentlichkeit. Das Reichsamt des Innern habe gewiß Verständnis und Interesse für das Wohnungsproblem, aber alle gesetzgeberischen Versuche scheiterten an dem Einfluß der Weisheit des Bundesrates. Abg. Partsch nannte die Behandlung der Wohnungsfrage durch die verbündeten Regierungen ein trauriges Kapitel. Man spreche jetzt so viel vom „Umlernen“ in der inneren Politik. Hier wäre ein Gebot, auf dem die Reichsregierung mit dem Umlernen anfangen könnte, indem sie endlich den Widerstand gegen eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage aufgibt.

Das ist auch unser Wunsch. ks.

Genossenschaften und Krieg.

(Schluß.)

Was schon alles geleistet wurde, können wir noch nicht ganz übersehen. Es sei darum nur auf Einzelnes hingewiesen. Zum Kriegsausbruch gehörte bekanntlich Geld, Geld und nochmals Geld. Das gilt auch für jedes Unternehmen in diesen schweren Zeiten, die nach den Absichten unserer verbissenen Gegner dem deutschen Gewerbe und Handel den Garaus machen wollten. Verrecknet! In enger Verbindung mit den sofort ins Leben gerufenen Kriegskreditbanken und -kassen erdienten die städtischen und ländlichen Kreditgenossenschaften auf dem Platze, um den wirtschaftlich bedrohten Handwerkern, Kleinhändlern und Landwirten die rettende und helfende Hand zu bieten. Hierdurch wurde die Widerstandsfähigkeit des deutschen Wirtschaftslebens ohne Zweifel nicht nur erhalten, sondern auch neu gestärkt. Die Leichtfertigkeit genossenschaftlicher Kreditvermittlung hat sich trefflich bewährt. Während nämlich die Bankgeschäfte nur dann Kredit gewähren, wenn sie ausgiebige Deckung oder Sicherheiten durch Pfand oder Bürgschaften erlangt haben, hat die Genossenschaft den Grundbesitz, persönlichen Kredit an ihre Mitglieder zu bewilligen, falls sie dessen würdig sind, auch ohne die anderweitig geforderten Unterpfand und dazu unter möglichst billigen Zinssätzen und günstigen Bedingungen, wie dies in ihrer uneigennütigen Natur liegt. Ihr Bestreben ist eben nur auf das Wohl ihrer Mitglieder und nicht auf den Nutzen des Unternehmens gerichtet.

Diesem selbstlosen Wirken haben wir es denn auch an erster Stelle zu verdanken, daß keine wesentliche Störung und Erschütterung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem Kriege eingetreten ist, daß wir im Gegensatz zu andern sogar selbst nicht kriegführenden Ländern ohne Notatorium ausgekommen sind. Auch in Regierungskreisen teilt man diese Meinung über den Wert der genossenschaftlichen Kreditvermittlung. Darauf weist ein Rundschreiben des Handelsministers vom 18. August v. J. an die Oberpräsidenten sämtlicher preussischer Provinzen hin. Darin werden diese aufgefördert, das Kreditgenossenschaftswesen als vorzüglichste Maßnahme zur Bänderung der Kreditnot im gemeindlichen Mittelstande zu empfehlen. Dazu wurde die preussische Zentralgenossenschaftskasse, die sonst nach gesetzlicher Bestimmung ihre Mittel nur an die zu genossenschaftlichen Verbänden, Kassen aufzunehmenden Genossenschaften abgeben darf, zu einer Erleichterung und Vereinfachung der Kreditvermittlung ermächtigt. Infolgedessen hat sie sich bereit erklärt, auch für neue, mit ihr in Beziehung tretende Kassen und deren Einzelmitglieder Erleichterungen von den Vorschriften, die in normalen Zeiten üblich sind, zu gewähren, sobald besondere Ausnahmen wünschenswert erscheinen.

Keine genossenschaftliche Kreditanstalt oder darf verlorene Stellenungen fallen oder völlig gesunde Verhältnisse bessern wollen, wie dies oft ver-

langt oder erbartet und auch häufig den Genossenschaften zum Vorwurf gemacht wird. Mit Schärfe und Sachverstand wird deshalb immer erst festgestellt, ob eine Hilfe überhaupt möglich und der Zusammenbruch noch zu vermeiden ist. Ein blindes Draufloswirkendes und unüberlegtes Bewilligen und Spenden aus dem Vollen ist bei aller Weisheit und Gemeinnützigkeit denn doch nicht der Grundbesitz der genossenschaftlichen Unterstützung. Gerade die ländlichen Genossenschaften, deren Vorstand durchgängig alle Mitglieder genau kennt, üben in dieser Hinsicht eine durchgreifende Liebeswacht aus und sind in der vorstellbaren Lage, die gesamten Verhältnisse der Kreditbedürftigen scharf und gerecht zu beurteilen.

Was haben aber in diesen Kriegszeiten alle Genossenschaften außer der Kreditvermittlung und dem gemeinsamen Bezug und Abkauf nichts Gegendreiches geleistet durch Beschaffung der unentbehrlichen Arbeitskräfte, durch ihre Sorge für die regelrechte Bewehrung der Felder und so fort! Ihr Rat und opferdienliche Beratung hat die vereinsamte Kriegerfrau vor großem Schaden und Unheil, vor gewissenloser Ausbeutung durch sogenannte Güterschlächter (Grundstücksmäler) und Getreidewie Viehhändler bewahrt. Hierdurch wurde aber gleichzeitig der Seeresverhaltung ein großer Dienst geleistet und eine geregelte Hausversorgung ermöglicht, denn durch ein geordnetes Angebot blieb der so wichtige Lebensmittel über die verfügbaren Bestände gesichert. Die genossenschaftliche Einrichtung hat sich also auch hier vortrefflich bewährt, beide Teile vollst befriedigt und ruhige Innerlichkeit auf einen glücklichen Ausgang in die weitesten Kreise getragen.

In gleicher Weise arbeiten auch die früher so viel geschmähten Konsumvereine recht handgreiflich ihre oft bezweifelte Daseinsberechtigung. Sie waren es vornehmlich, die bei den willkürlichen Preissteigerungen ausgleichend auf den Lebensmittelmärkten einwirkten, die Preise nach Möglichkeit wieder herunterdrückten und so auch den Benutzern mittelsten eine einigermaßen anständige Lebensführung ermöglichten.

Alle diese klar gutartige liegenden Erfolge waren jedoch nur ermöglicht durch die gewaltige Entwicklung, die das Genossenschaftswesen in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgemacht hat. Wie erwähnt waren 1870 kaum die Anfänge dazu vorhanden, und jetzt zählt Deutschland über 34 000 eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, mit einem Mitgliederbestande von über fünf Millionen Personen und einem Jahresumsatze von über 28 Milliarden Mark. Ohne auffällige marktschreierische Reklame haben die Genossenschaften in unermüdlicher Beharrlichkeit durch gediegene innere Kleinarbeit, die äußerlich nur wenig oder gar nicht zu erkennen ist, sich zu dieser beachtenswerten und jetzt auch anerkannten Stellung durchgearbeitet. Während vor dem Kriegsausbruch das Genossenschaftswesen trotz seiner gewaltigen Bedeutung für die Volkswirtschaft von der Billensität recht spärlich behandelt und über dem genossenschaftlichen Gedanken der Gemeinnützigkeit, trotz des unauffälligen Vordringens vielfach mosehmäßig zur Tagesordnung übergegangen wurde, hat sich mit dem Kriege eine bessere Erkenntnis und Ansicht Bahn gebrochen. Heute feiert der Gedanke des gemeinsamen Einstehens und gemeinsamen Helfens, dieser Grundgedanke des ganzen genossenschaftlichen Strebens und Wirkens in allen Kreisen Deutschlands seine herrlichsten Triumphe.

Den Genossenschaften und Konsumvereinen ist die verdiente Beachtung und Anerkennung zuteil geworden. Mögen sie auch weiterhin ein edler Jungbrunnen unserer Volkswirtschaft sein! Jd.

Zum Verbandstage.

Nur noch wenige Wochen und die Verbandstagsabgeordneten treten zur Tagung zusammen. Es ist gut, daß sie stattfindet; denn ich halte es für selbstverständlich, daß die älteste Arbeiterorganisation in dieser schweren Zeit durch ihre Vertreter sagen läßt, was sie von der Gegenwart hält, und wie sie sich die Zukunft denkt. Anfangs dazu hat die Tagesordnung; möge der Augenblick kein kleines Gekelch finden.

Organisatorische Fragen werden die Tagung nicht beschäftigen, einzelne Vordenkblätter sind wieder gekommen. Ich halte dafür, daß die in den Sitzungen gegebenen Möglichkeiten zum Zusammenschluß und zur Arbeit genügend sind. Formen allein machen es nicht, der Inhalt ist entscheidend. Wo sich zur Arbeit willige, opferbereite Kräfte finden, da hat es noch immer bei uns geklappt. Was nützen die besten Formen, wenn fleischliche Geister sie füllen. Leute, die nur sich und ihre Interessen kennen, die sich sträuben sich in anderer Gedankengänge hineinzuwenden

weil ihnen die Fähigkeiten abgehen, oder weil sie fürchten, sie schädeten ihrem Ansehen, das ihnen nurmehd über dem Fortschritt des Ganzen steht! Bei uns könnte bei besserem Einlage der Kräfte noch viel mehr geleistet werden. Die Leitung einer Organisation soll arbeiten; aber ihre Arbeit besteht nicht darin, Briefe zu schreiben, Gelder zu kochen, eine Zeitung herauszugeben, sondern sie soll die Kräfte allenthalben wecken, sie in der eigenen Arbeit fördern, den Eifer antpornen, ihnen Arbeit geben, dafür sorgen, daß die Gedanken der beratenden und beschließenden Stellen in die Tat umgesetzt werden. Wenn der Verbandstag zu den verschiedenen sozialpolitischen Fragen Stellung nimmt, so ist es damit nicht allein nicht getan, die besprochenen Fragen müssen verfocht werden; zu neuen Teilfragen gilt es Stellung zu nehmen. Schritte sind einzuleiten, um die Interessen der Arbeiterklasse dabei wahrzunehmen. Alle diese Dinge kann der geschäftsführende Ausschuß, kann der Vorsitzende allein nicht machen, dazu müssen die Kräfte herangezogen, die die einzelnen Dinge vorbereiten. Aber in all den Fragen müssen sie sich auf dem Laufenden halten, müssen sie Anregungen geben, entgegennehmen, weiterarbeiten. Das ist die Aufgabe der Leitung. Wer ihre Lätigkeit danach beurteilt, wieviel Bogen Papier sie verbraucht, ob ihre Mitteilungen pünktlich kommen und gehen, der urteilt verfehlt. Ich kann mir vorstellen, daß ein Leiter einer Organisation tagsüber kaum seinen Namen schreibt, und trotzdem fruchtbringendere Arbeit leistet als der, dessen Wort täglich nach tuerbenden von Briefen und Karten zählt. Weniger Worte, mehr Taten! Das gilt bei uns für viele Dinge. Die Vertretung in den gesetzgebenden Körpern ist ein Dasein. Darüber redet man nicht, dahin arbeitet man. Will man sich jetzt durch viele Worte sein früheres Widerstreben vergessen machen? Ich habe hart genug, daß die Sache durch allzu viele Worte um einen guten Ausgang gebracht wird! Je weniger darüber geredet, je mehr aber zielbewußt daran gearbeitet wird, um so besser steht es um den Ausgang.

Wielach hört man die Ansicht, die Hauptfrage des Verbandstages sei die Vorsitzendenfrage. Ich habe bis vor kurzem die gleiche Meinung gehabt. Seit dem Vollen der Tagesordnung bin ich anderer Ansicht. Gewiß ist die Lösung der Vorsitzendenfrage von entscheidender Bedeutung für unsere Organisation, aber sie muß nicht von diesem Verbandstage gelöst werden! Die Frage kann erst entschieden werden, wenn sich die leitenden Stellen in den einzelnen Organisationen über die grundsätzliche Regelung und über die Vertou einig sind. Das ist noch nicht der Fall. Der größte Fehler ist, den er machen könnte, bestünde darin, daß sich der Verbandstag verleiht ließe, einen Vorsitzenden zu wählen, nur um der Form zu genügen! Die Lösung dieser Frage darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, dann lieber auf ein bis zwei Jahre die bisherige vorläufige Lösung, die sich bis jetzt gut bewährt hat. Sattmann wird im Interesse des Ganzen das von ihm geforderte Opfer gerne bringen. Ich weiß, daß mein Vorschlag auf Widerpruch stoßen wird; wer sich jedoch nicht von Augenblicksimmungen leiten läßt, der wird mir zugeben, daß ich zum Mindesten nicht ganz unrecht habe.

Wenn der Verbandstag nicht eine Entscheidung treffen kann, die die Billigung aller, zum mindesten die der überwiegenden Mehrheit der einzelnen Gewerkevereinstellungen findet, dann soll er sie hinauschieben. Lieber keine, als nur halbe Arbeit leisten! Seit der Einrichtung der vorläufigen Leitung im Verbandsrat ist sowohl Zeit verfloßen, daß man täglich verlangen kann, man soll sich oben einig sein über das, was endgültig gemacht werden soll. Statt dessen kochen in der Tagesordnung Anträge auf, die in der deutlichsten Weise das Gegenteil beweisen. In einer kleinen, jungen Organisation ist es möglich, die Wahl der Leitung dem Zufall zu überlassen; in einer alten Organisation ist ein solches Verfahren unmöglich, das lagt der gesunde Menschenverstand.

Zusammenfassend halte ich es für die Hauptaufgabe des Verbandstages, in ausreichender Weise zu den sozialpolitischen Fragen der Gegenwart und Zukunft Stellung zu nehmen, der Verbandsleitung und den Mitgliedern dadurch Anregungen für die Arbeiten in der nächsten Zukunft zu geben; erst danach ist es seine Aufgabe, die Leitungsfrage zu erledigen, diese aber nicht dem Zufall zu überlassen, sondern, wenn sie in zufriedenstellender Weise nicht gelöst werden kann, den bekannten Gewerkevereinstellungen den Auftrag zu geben, sich über eine einem außerordentlichen Verbandstag vorzuliegende Entscheidung zu verständigen, das kann und muß er verlangen! Darauf sei hart!

Anmerkung der Redaktion: Für die Abhaltung des Verbandstages in der Kriegszeit war für die übergroße Mehrheit der maßgebenden Kollegen das Fehlen eines Verbandsvorsitzenden entscheidend. Sie würden sich also selbst widersprechen, wenn sie jetzt, wo der Verbandstag stattfindet, die Angelegenheit vertagen wollten.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 26. Mai 1916.

Für die Abgeordneten zum Verbandstage! Diejenigen Herren Verbandstagsabgeordneten, die für die Zeit ihrer Anwesenheit in Berlin Wohnungen besorgt haben wollen, mögen ihre Wünsche baldigst an den Kollegen Otto Potthoff, No. 55, Greifswalderstr. 221-23, übermitteln.

Die neuen Männer. Die durch den Rücktritt des Staatssekretärs Dr. Delbrück und die Neuregelung der Lebensmittelversorgung bedingte Veränderung in den höchsten Reichsämtern ist erfolgt. Zum Nachfolger Dr. Delbrücks ist der bisherige Staatssekretär des Reichschatzamts, Dr. Helfferich, ernannt worden, der dadurch also Staatssekretär des Innern und gleichzeitig Stellvertreter des Reichskanzlers geworden ist. Dr. Helfferich hat damit eine ungemein rasche Karriere gemacht; vom Banddirektor zum Reichschatzsekretär, und dann gleich zum Vize-Reichskanzler. Allerdings ist er kein Neuling in der Reichsverwaltung; denn schon vor seiner Lätigkeit als Banddirektor war er in der damals noch dem Auswärtigen Amte angegliederten Reichscolonialabteilung tätig. Sein Amt als Reichschatzsekretär hat er nur wenig länger als ein Jahr bekleidet. Nachdem es ihm gelungen war, die letzten Kriegsanleihen durchzuführen, schied er vielleicht nicht ungerne von dem Posten, da seine Kriegsteuerborlagen eine derartige Umwandlung erfahren haben, daß von ihnen nicht allzuviel mehr übriggeblieben ist. Als Staatssekretär des Innern wird er zweifellos den Anforderungen, die nach Friedensschluß an ihn gestellt werden, soweit sie die Frage der Handelspolitik betreffen, nach jeder Richtung gewachsen sein. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist er zunächst ein unbedingtes Blatt. Es wäre voreilig, wollte man nach dieser Richtung hin schon jetzt über ihn ein Urteil abgeben. Zweifellos aber wird Dr. Helfferich bei den doch einmal kommenden Friedensverhandlungen eine bedeutende Rolle spielen. Hoffentlich läßt er die Erwartungen nicht, die in dieser Hinsicht an ihn geknüpft werden!

Sein Nachfolger als Reichschatzsekretär ist der bisherige Staatssekretär für Etsch-Verkehr, Graf v. Roderer, geworden, der seinen Posten erst nach Erledigung der Kriegsteuern antreten und dessen Hauptaufgabe die Neuregelung der Reichsfinanzen nach dem Kriege bilden wird. Wie weit er die auf ihn gelegten Hoffnungen rechtfertigen wird, das muß die Zukunft lehren.

Gleichzeitig mit dieser Neuordnung wird bekannt gegeben, daß der Staatsminister Dr. von Breitenburg zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ernannt worden ist. Man darf darin wohl eine Auszeichnung ersehen für die Verdienste, die sich der preussische Eisenbahnminister um das Verkehrswesen namentlich im Kriege erworben hat.

Die Neuregelung der Lebensmittelversorgung wird amtlich in der Weise bekanntgegeben, daß der Bundesrat den Reichskanzler ermächtigt hat, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reiche vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehzucht nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht ist nicht die gesamte Verfahrungs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichensfalls natürlich auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen v. Batocki berufen.

Der neu eingesetzte Lebensmitteldirektor, wie man den Inhaber des neu geschaffenen Postens genannt hat, hat sich um die Provinz Ostpreußen zweifellos große Verdienste erworben. Im politischen Leben ist er nennenswert noch nicht hervor-

getreten. Deshalb dürfte es angebracht sein, mit Vermutungen und Urteilen zurückzuhalten. Nach der amtlichen Bekanntmachung sind ihm ungeheure Machtfugnisse eingeräumt. Wir wollen wünschen, daß sie zum besten des deutschen Volkes angewandt werden, und daß es Herrn v. Batocki gelingt, die Widerstände zu beseitigen, gegen die Dr. Delbrück offenbar vergeblich angeknüpft hat. Der preussische Landwirtschaftsminister, Herr v. Schorlemer-Kieser, in dem viele diese Widerstände verkörpert haben, und von dessen Schweden aus dem Amte in letzter Zeit ebenfalls vielfach die Rede war, bleibt einwilligen.

Am 21. Mai ist in Potsdam plötzlich der Kollege

Louis Laßbe

nach kurzem Leiden an einer Bauchfellentzündung gestorben. Es ist noch nicht ein Vierteljahr her, daß wir dem Entschlafenen zu seinem 70. Geburtstag beglückwünschten konnten. Das kollege wurde für seinen Gewerkeverein der Schneider, dessen Hauptkassierer er viele Jahre gewesen ist, bedeutet hat, das haben wir damals kurz aufgeführt. Auch der Verbandsgemeinschaft ist er stets ein eifriger und überzeugungsstarrer Freund und Förderer gewesen, so daß auch wir den Verlust schwer empfinden. Das Andenken des modernen Kollegen wird im Verbandsrat der Deutschen Gewerkevereine niemals erlöschen.

Die Wirtschaftsforderungen der Verbraucher an den neuen Lebensmitteldirektor enthält das Programm des Kriegsausschusses für Konsumumenteninteressen für die Ernährungswirtschaft im dritten Kriegserntejahr. Es geht aus von der Tatsache, daß Deutschland in seiner Lebensbedarfsdeckung nun fast ganz auf sich selber angewiesen ist. Deshalb gilt es, für die Sicherung der Lebensmittelerzeugung und für ihre Steigerung alle Kräfte und Mittel einzusetzen unter Proklamierung einer „allgemeinen Nahrungspflicht“ für die Landwirte, Viehhalter und Vorratshaber gewissermaßen als Gegenstück zur allgemeinen Wehrpflicht der Wehrfähigen.

Der erste Teil des Programms des Kriegsausschusses enthält eine Fülle von technischen und organisatorischen Vorschlägen für die Ernteförderung und die bestmögliche Ausnutzung der Felder, Wälder und Viehstallungen. Der zweite Teil, der von der zweckmäßigsten Verwendung und Verteilung aller Erträge und Vorräte handelt, stellt die Lösung voran: Erst der Mensch, dann das Vieh! Keine Lebensmittel verschüttern, solange sie noch zur direkten Ernährung der Menschen viel erträglicher ausgenutzt werden können; im übrigen Bevorzugung des Milchviehs vor allem anderen Vieh. Weiter fordert der Kriegsausschuss Siderstellung von 20 Millionen Tonnen Speisekartoffeln und 14 Millionen Doppelzentner Futter gegen Verfüterung; zweckmäßige rationierte Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land, zwischen Reich und Arm; Einschränkung der Selbstversorgung; nötigenfalls befristete organisierte Lieferungsverträge für Massenbedarfsmittel. Das Lebensmittelkartensystem ist auszubauen und für die verschiedenen Arbeiter- und Krankegruppen besser zu staffeln; Auktionsarten!

Zur Durchführung, die der dritte Teil des Programms behandelt, fordert der Kriegsausschuss ein allgemeines fortlaufendes Lebens- und Futtermittelfaktoren (mit entprechendem Meldezwang aller Beteiligten) als Unterlage für eine zentrale Reichsbedarfsstellenstelle, die die Lebens- und Futtermittelverteilung einheitlich lenkt und überwacht. Die Gemeinden, die praktischen untersten Ausführungsorgane, sollen möglichst viel Eigenproduktions- und verteilungsbetriebe (Müllereien, Wurfabriken, Gemüschhallen usw.) und Massenbetrieue einrichten.

Der Futtermittelregelung ist ein besonderer vierter Teil gewidmet. Das Programm gliedert in Artikel 5 über die Preisregelung: Abbau der Preise besteht hier die Lösung. Gesunder Neuaufbau der Preise bei Gelegenheit der neuen Ernte von unten herauf nach den Produktionskosten und angemessenen Verdienstmöglichkeiten. Die Preise für verarbeitete Erzeugnisse (Milch, Butter, Wurst) müssen mit den Preisen für frische Rohwaren im Gleichgewicht stehen. Alle Auslandsbezugsmittel, deren Bezug durch die A. E. G. monopolisiert ist, sollten unter dem Ein-

kaufpreis abgeben werden, um die Preise allgemein auf dem heimischen Markt zu senken und den bürgerlichen und militärischen Behörden, diesen großen Verbrauchern, die heimischen Einkäufe für Lebensbedarf aller Art beträchtlich zu verbilligen und den unbemittelten Verbraucher...

Das Programm des Wirtschaftsplanes schließt in Teil 6 mit Forderungen zur Bekämpfung des Wuchers, des Kettenhandels, des Nahrungsmittelmangels und ruft die Richter auf, dem Recht hier härter als bisher zu dienen.

Wenn die Richtlinien dieses Wirtschaftsplanes allenthalben befolgt und durchgeführt werden, so, wie es die Kriegsnot erfordert, würde es um die Heimatsrückung des Vaterlandes bald besser stehen.

Auf ein 50jähriges Bestehen konnte am 20. Mai der Verband der Deutschen Buchdrucker zurückblicken. Er ist die älteste deutsche Arbeiterorganisation und hat als solche in vieler Beziehung für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung vorbildlich gewirkt.

demokratische Presse, der Buchdruckerlarif zur immer größeren Vollkommenheit ausgestattet worden ist.

Vor Ausbruch des Krieges zählte der Buchdruckerverband gegen 70 000 Mitglieder, von denen natürlich ein großer Teil zur Fahne einberufen und mancher den Tod fürs Vaterland gestorben ist.

Die Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe sind endgültig zum Abschluss gelangt. Nachdem die Organisationen der Arbeitnehmer ihre Zustimmung zu den mit dem Reichsamt des Innern getroffenen Vereinbarungen gegeben haben, hat am 18. Mai auch der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe sich damit einverstanden erklärt.

Die Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ermächtigt den geschäftsführenden Ausschuss im Reichsamt des Innern, die Annahme der Vereinbarung vom 8. Mai dieses Jahres über die Verlängerung der Tarifverträge zu erklären, nachdem das Reichsamt des Innern die Zusage gegeben hat, bei den bauenden Reichs- und Staatsbehörden dafür einzutreten, daß die in der Vereinbarung vorgesehenen Kriegsteuerungsmaßnahmen der Bauarbeiter in allen Fällen zur Gültigkeit zu kommen, in denen der Bauvertrag vor dem Zustandekommen der Vereinbarung abgeschlossen worden ist.

Aus dem Verbands.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (G.-V.). Verbandsabend der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstraße 221-23. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung im Burhop's Gesellschaftsraum, Bremen, Reffenstr. - Gattuso (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandwerstraße 42.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich. Von Karl Goldschmidt. Ein Leitfaß für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Altenregister für Arbeitersekretariate. In überhöhliger Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Alten. Kennzeichnend für jedes Arbeitersekretariat ist jede Rechtsanwaltskammer der Deutschen Gewervereine.

Coarbrücken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Coarbrücken Neuwieserstr. 42. Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewervereinskollegen aller Berufe erhalten Quartier und Verpflegungskarten hierzu bei Carl Hebel, Heffenstr. 33 a II.

Essen (Nahv.). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendrot, Radlglas und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden bei den einzelnen Kassierern ausgehändigt. Hagen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pf. bei ihrem Ortsvereinskassierer. Hirschfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 25 Pf. Unterfertigung oder Karten in der Herberge zur Heimat, Schoppau.